Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 189 (2023)

Heft: 9

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 23.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

FRANKREICH

Stabilisierung im Sahel gescheitert?

Die parlamentarische Anfrage, ob die Militäroperation im Sahel gescheitert sei, beantwortete der französische Verteidigungsminister Sébastien Lecornu mit einem klaren «Nein». Nach dem offiziellen Ende der so genannten Operation Barkhane im November letzten Jahres verblieb ein grösseres Kontingent französischer Soldaten in der Region. Offiziell gab es keinen neuen Namen für die Mission, der Arbeitstitel lautet: «Réarticulation hors du Mali.» Immerhin, der Einsatz kostet weiterhin etwa eine Milliarde Euro jährlich. Entsprechend betont Lecornu, dass auf keinen Fall von einem Misserfolg gesprochen werden könne. Die jüngste Anfrage vom August begründete sich mit medialen Gerüchten nach einer möglichen Beendigung des Einsatzes. Barkhane wurde im Jahr 2014 gestartet und war eine multinationale Militäroperation, an der zu Spitzenzeiten rund 5100 Soldaten aus Frankreich und anderen Ländern beteiligt waren, zuletzt und auch weiterhin befinden sich die Truppen in Niamey, der Hauptstad Nigers. Das Hauptziel der Operation ist es, den Terrorismus in der Sahelzone zu bekämpfen und die Sicherheit in der Region zu gewährleisten. Seit Beginn wurden laut offiziellen Angaben über 600 Terroristen neutralisiert und zahlreiche Waffen und Material konfisziert. Insgesamt hat der Einsatz auch zur Stärkung der Sicherheitskräfte in den Sahelstaaten beigetragen, indem sie Ausbildung und Unterstützung bereitgestellt hat. Vor allem die Zusammenarbeit mit den internationalen Partnern und ursprünglich auch mit den Ländern der G5 Sahel-Gruppe – Mali, Niger, Burkina Faso, Mauretanien und Tschad – war stets zielführend. Die Einbindung der Europäischen Union, die militärische Trainingsmissionen in der Region unterhält, sowie der Vereinten Nationen, um die Sicherheit und Stabilität in der Region zu fördern, war vorbildlich. Mit den jüngsten Ereignissen in der Region dürften die Machtverhältnisse jedoch bald angepasst werden, denn die gesamte internationale Präsenz stützte sich auf den Willen und die Absicht der jeweiligen Regierungen. Bei einer absehbaren Verschlechterung der Sicherheitslage werden sich einerseits internationale Hilfsorganisationen zurückziehen, was zu einer weiteren Verschlechterung der humanitären Situation und in Konsequenz zu sich verstärkenden Flüchtlingsströmen führen wird. Besonders Niger galt in der Vergangenheit einerseits als Auffangbecken vieler Flüchtlinge im Sahel. Und die nigerische Stadt Agadez andererseits als Startpunkt zur sogenannten «Central Medierranean Route», die auch 2023 mit über 66 000 Registrierungen der bisher meistbenutzte Weg nach Europa war und damit die Hälfte der illegalen Einreisen nach Europa generiert. *pk*

Flüchtlinge warten in Agadez in Niger. Bild: MSF

SUDAN

Bürgerkrieg führt zu grossen Versorgungsproblemen

«Je länger dieser Krieg andauert, desto grösser ist das Risiko einer Fragmentierung, einer ausländischen Einmischung und Erosion der Souveränität und des Verlusts der Zukunft des Sudan, insbesondere seiner Jugend», sagt Martha Phoebe, stellvertretende Generalsekretärin der Vereinten Nationen für Afrika. Der Krieg dauert bereits seit mehr als 100 Tagen. Die Kämpfe nehmen indes kein Ende und fokussieren sich auf die Hauptstadt, finden jedoch auch in den verschiedenen Regionen statt. Am Beispiel Darfour, wo ohnehin seit Jahren ein erbitterter Konflikt stattfindet, wird das Potenzial der sich anbahnenden Katastrophe sichtbar. Fast vier Millionen Menschen sind unterdessen aus dem Land geflohen. Systematische Entführungen und Tötungen, insbesondere von Menschen, die den Konflikt beilegen wollen, häufen sich. Die UNO sieht die alleinige Lösung in der Vermittlung zwischen den Kriegsparteien. So sei «der rote Faden die geforderte dauerhafte Einstellung der Feindseligkeiten, die Erleichterung des humanitären Zugangs und das Engagement mit zivilen Interessengruppen in einem integrativen politischen Prozess». Was sich akademisch anhört, hat einen handfesten Hintergrund. Ohne Waffenstillstand kann die Bevölkerung nicht erreicht werden. Dabei sind mehr als 20 Millionen Menschen, also über 40 Prozent der Bewohner, mit einem hohen Mass an akuter Ernährungsunsicherheit konfrontiert. 80 Prozent der Krankenhäuser funktionieren nicht. Humanitäre Helfer haben bisher landesweit fast drei Millionen Menschen erreicht. Dies ist jedoch nur ein Bruchteil der 18 Millionen Menschen, denen sie helfen wollen, darunter fast 14 Millionen Kinder.

Kritisch ist die Finanzierung, die benötigten 2,6 Milliarden US-Dollar sind nur zu 24 Prozent finanziert. Hilfskonvois werden gestoppt, in die Hauptstadt kommen diese nicht mehr. Dort werden die Vorräte knapp. Derzeit überfüllen sich die Leichenhallen. Etwa tausend Tote können nicht begraben werden. Strommangel und permanente -ausfälle führen dazu, dass diese grösstenteils unbestattet verwesen. Es wird eine verstärkte Cholera-Welle erwartet. Erfahrungsgemäss steigen die Krankheitszahlen ohnehin mit der jeweils im Juli beginnenden Regenzeit. Die Lage bleibt chaotisch. Die reguläre Armee bombardiert Einheiten der Rapid

Verwüstetes Binnenflüchtlingslager im Süden Darfurs nach einem Angriff der RSF. Bild: Unamid

Support Forces (RSF) mitten in der Stadt. Im Gegenzug greifen die Rebellen Zivilgebäude und ganze Stadtviertel mit allen verfügbaren Waffen an. US-Botschafterin Linda Thomas-Greenfield, die ihr Land im UNO-Sicherheitsrat vertritt, kommentierte anlässlich einer Sitzung zur Lage im Sudan die aktuellen Geschehnisse scharf. Sie gehe davon aus, dass die Junta in Khartoum die gesamte UN-Mission aus dem Land werfen wolle. Denn offenbar wurde Volker Perthes, dem Sonderbeauftragten des UNO-Generalsekretärs, durch sudanesische Diplomaten nahegelegt, dem Meeting fernzubleiben. Andernfalls, so Thomas-Greenfield, würde die sudanesische Regierung die UNO-Mission in ihrem Land einseitig beenden. Der sudanesische UNO-Botschafter Idriss Mohamed Al-Harith beschwichtigte und gab zu verstehen, dass es keine derartige Drohung gab. Perthes hat noch im Juni auf schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in Darfour verwiesen, was die Regierung in Khartoum veranlasste, ihn zur Persona non grata zu erklären. Ohnehin, so Al-Harith: «Der Sudan lobt die Bemühungen der Liga der arabischen Staaten und des Bruderlandes Ägypten, die Souveränität des Sudan zu wahren.» Er verdankte auch die Bemühungen der Vereinten Nationen und verschiedener Grossmächte. Dennoch warnte er davor, dass sein Land vor einer von aussen unterstützten Invasion stünde. Damit dürfte er den Versuch der Vereinigten Arabischen Emirate meinen, anstelle von Hilfsgüter Waffen ins Land zu bringen. Im Juni wurde eine entsprechende Lieferung von Gewehren, Munition und anderen leichten Waffen bei einer Routinekontrolle im ugandischen Entebbe entdeckt. Die Hilfsgüter hätten Generalleutnant Mohamed Hadan Dagalo gegolten, einer der RSF-Warlords. Die Emiratis erklärten zwar, dass sie sämtliche Mittel der Hilfeleistungen in Erwägung ziehen, verneinten aber, dass Waffen geliefert würden. Die VAE haben grosses Interesse an loyalen Partnern, die ihnen Zugang zum Roten Meer, dem Nil und den sudanesischen Goldreserven böten. Die Emirate sind auch am 200 Kilometer nördlich von Port Sudan gelegenen Mega-Hafen-Projekt im Umfang von etwa 6 Milliarden US Dollar beteiligt. Ob unter diesen Vorzeichen die von der sudanesischen Regierung Ende Juli vorgeschlagene Friedensplanung dereinst zur Verhandlung gelangt, ist fraglich. Ein rasches Ende des Konflikts scheint nicht absehbar. *pk*

NIGER

Ein weiterer Putsch im Sahel

Ende Juli fand mit dem siebten Putsch innerhalb von drei Jahren der jüngste Regierungswechsel im Sahel statt. Deshalb hat Mitte August die Westafrikanische Wirtschafsgemeinschaft (Ecowas) erklärt, eine militärische Eingreiftruppe bereitzustellen. Der nigerianische Präsident Bola Tinubu, derzeit Ecowas-Vorsitzender, kommentierte den Schritt damit, dass «alle Optionen offen blieben, inklusive dem Einsatz von Gewalt als letztes Mittel». Gleichzeitig erklärte der Präsident der Elfenbeinküste, Alassane Ouattara, dass die Festsetzung von Mohamed Bazoum, dem nigrischen Präsidenten, ein terroristischer Akt sei. Bazoum müsse sofort freigelassen werden. Er plädiere, wie etwa die Hälfte der 15 Ecowas-Mitglieder dafür, die Putschisten aus dem Land zu werfen, koste es was es wolle. Der andere Teil unterstützt die Vorgänge, die von zutiefst antifranzösischen Ressentiments befeuert werden. Am 12. August hätten im ghanaischen Accra die Details für ein mögliches militärisches Engagement festgelegt werden sollen. Dazu kam es nicht. Offizieller Kommentar: «technische Gründe». Damit ist die Aktivierung einer Eingreiftruppe vorläufig vom Tisch.

Nach dem Vorbild von Mali und zuletzt auch Burkina Faso wurde Paris für sämtliche Probleme des Landes verantwortlich gemacht, inklusive der Anschuldigung weitreichender Eingriffe in die nigrische Souveränität. Klar ist, Niamey dient der internationalen Gemeinschaft und damit US-, deutschen, aber vor allem französischen Truppen als Hub im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus, der sich vor bald einem Jahrzehnt im Sahel festzusetzen begann. Spätestens aber seit das Nachbarland Mali zuerst die Franzosen und nun auch die UNO-Truppen aus dem Land geworfen hatte, galt Niger als mehr oder weniger loyaler Verbündeter und damit strategischer Aussenposten. Damit ist nun Schluss. Als erstes wurde die internationale Gemeinschaft gebeten, das Land zu verlassen. Überstürzt wurden Evakuationsflüge durchgeführt. Kurz danach verbot Putschistenführer General Abdourahamane Tiani den Export von Uran nach Frankreich, mit sofortiger Wirkung. Mehr als 50 Prozent des in Niger gewonnenen Uranerzes wird für französische Kernkraftwerke verwendet. 24 Prozent der Uraneinfuhren der EU stammen aus Niger, das Land gilt als siebtgrösste Uranprodu-

Demonstranten in Niamyei. Bild: Afrikimages

zentin weltweit. Alsdann wurde der Luftraum geschlossen. Grund ist die Befürchtung einer militärischen Intervention aus dem Ausland.

Bereits zwölf Tage nach dem Putsch wurde mit Lamine Zeine am 7. August ein neuer Premierminister installiert. Damit will das Land seine Souveränität demonstrieren und besonders auch innerhalb der Ecowas seinen Status wahren. Gleichfalls wurden 21 neue Minister ernannt. Zudem zeigt sich das Land unbeeindruckt von sämtlichen internationalen Versuchen um Deeskalation. Gegen eine weiterhin in Niamey verbleibende französische 1500 Soldaten starke Militärpräsenz wird täglich demonstriert, das Narrativ der Putschisten dabei eins zu eins übernommen: «Nieder mit Frankreich, nieder mit Ecowas.» Dabei werden nigrische und vor allem auch russische Fahnen geschwenkt. Das Muster scheint aus Mali, Burkina Faso, Guinea oder der zentralafrikanischen Republik übernommen zu sein. Überall gibt es Verbindungen der «neuen» Eliten nach Moskau. Jedoch, so der US-Aussenminister Antony Blinken, kann man nicht davon ausgehen, dass hinter den aktuellen Geschehnissen in Niger tatsächlich Russland steckt. Die Situation eigne sich aber mit Bestimmtheit, um russische Interessen durchzusetzen. Russlands Aussenminister Lawrow verneinte denn auch direkt nach dem Putsch jegliche russische Beteiligung. Der Chef der russischen Wagner-Söldnertruppe, Jewgeni Prigoschin, hat sich aber mit einem Aufruf zur Kontaktaufnahme via seinen Telegram-Kanal nach Niamey gewendet: «Wir sind immer auf der Seite des Guten, auf der Seite der Gerechtigkeit und auf der Seite derer, die für ihre Souveränität und für die Rechte ihres Volkes kämpfen.» Das Besondere an der Situation ist, dass es ursprünglich die Sahelstaaten selbst waren, die nach fremder Hilfe – in Form der französischen Armee – riefen, weil sie den Kampf gegen den islamistischen Terrorismus nicht mehr selbst bewältigen konnten. Das Blatt hat sich aber unterdessen gewendet und man darf davon ausgehen, dass ein internationales Eingreifen einen grösseren Konflikt in der Region entfachen könnte. Dieser dürfte durchaus von Russland befürwortet werden, da er mit grosser Wahrscheinlichkeit Kräfte einer westlichen Allianz binden würde. Aber vor allem auch die nötigen militärischen Mittel, die dann – so die Logik – nicht mehr an die Ukraine geliefert würden. *pk*

MYANMAR

Festgefahrener Konflikt in Burma

Das Niederbrennen von Dörfern gehört zum Kampf der burmesischen Junta gegen die Bevölkerung. Bild: UN Geneva

Der seit 2021 andauernde Bürgerkrieg in Myanmar hat in diesem Sommer eine neue Intensität erreicht. Dabei geht es unter anderem um den Kampf der burmesischen Militärjunta gegen das Karen-Volk, einer christlichen Minderheit. Dort, an der Grenze zu Thailand, werden junge Männer dazu gezwungen, die Rebellen zu unterstützen. Wer das nicht will, flieht. Alleine im Frühjahr waren das über 4000 Männer. Die aufständische Karen National Union (KNU) hat im Juni mit ihrem bewaffneten Arm, der Karen National Liberation Army (KNLA) mehrere erfolgreiche Angriffe auf Einrichtungen der Tatmadaw, wie die Armee Myanmars genannt wird, ausgeführt und dabei über 450 Soldaten der Junta getötet. Da bis Ende Juli insgesamt sieben Städte unter die Kontrolle der KNLA fielen, wurde das verhängte Kriegsrecht verlängert. Der Ausnahmezustand dauert an. Mitte August erklärte die KNU, dass sie sich nicht mehr am Friedensprozess beteiligen wird. «Wir haben keinen Grund mehr, uns an das landesweite Waffenstillstandsabkommen zu halten,» sagte Padoh Saw Tah Doh Moo, Generalsekretär der KNU. Das Abkommen, das bisher von zehn verschiedenen Gruppen unterzeichnet wurde, dient als Grundlage für einen landesweiten Frieden. Dazu führt die Junta mit sieben der Unterzeichner direkte Gespräche und hat drei weitere Oppositionsgruppen in den Prozess involviert. Die Lage ist unübersichtlich.

Der lose Zusammenschluss des Widerstands als so genannte Volksverteidigungskräfte scheint für Beobachter denn auch ein Mysterium. Grosse Widerstandsfähigkeit und taktischer Einfallsreichtum stehen schlechten Kommandostrukturen, ausschliesslich leichter Ausrüstung und wenig internationaler Unterstützung gegenüber. Aber trotz schwerer und erbarmungsloser Unterdrückung hat die revolutionäre Guerillabewegung in Myanmar bisher ohne grössere Probleme überlebt und gleichzeitig eine breite öffentliche Unterstützung aufgebaut, während die Junta Unterstützung von regionalen Akteuren, einschliesslich China und Russland, gewonnen hat. Wie lange diese noch andauert, hängt indes vom Konfliktverlauf ab. Denn die regulären Streitkräfte tätigten bereits schon öfters Angriffe auf Stellungen in Bangladesch und auch Thailand, sind in keiner Weise darum bemüht, die interreligiöse Gewalt zu reduzieren und verüben unlängst auch von der UNO scharf verurteilte Menschenrechtsverletzungen, die ihresgleichen suchen. Ein Bericht, der den Zeitraum zwischen Juli 2022 und Juni 2023 abdeckt, zeigt «starke Beweise dafür, dass das Militär von Myanmar und seine angeschlossenen Milizen drei Arten von kampfbezogenen Kriegsverbrechen mit zunehmender Häufigkeit und Dreistigkeit begingen». Dazu gehören der Einsatz von Bomben und Artillerie gegen Zivilisten, das bewusste Verbrennen von Dörfern und öffentlichen Einrichtungen sowie die gezielte Tötung von Zivilisten oder Kombattanten während militärischen Operationen. *pk*

JAPAN

Mehr Geld, mehr Bedrohung

Nachdem Japan für seine Selbstverteidigungsstreitkräfte Ende letzten Jahres die zweithöchste je getätigte Budgeterhöhung gesprochen hat, stellt sich unterdessen die Frage, ob das Geld am richtigen Ort eingesetzt wird. Strategisch betrachtet hat das Kaiserreich eigentlich nur einen wirklichen Gegner, das übermächtige China. Doch der Reihe nach. Fumio Kishida, Japans Premier, kündigte damals an, bis Ende 2027 insgesamt 318 Milliarden US-Dollar für Rüstung aufwenden zu wollen. Das ist immerhin eineinhalb mal so viel wie bisher. Damit soll, so Verteidigungsminister Yasukazu Hamada, «die Notwendigkeit einer erheblichen Verstärkung der japanischen Wehrfähigkeit» geschaffen werden.

Dabei wurde gleich auch die japanische Sicherheitsstrategie angepasst und eine so genannte «Strike-Back»-Klausel eingebaut. Chinesische Beobachter sehen darin die Abkehr von «Schild» hin zu «Schwert» und fürchten Auswirkungen auf die regionale Stabilität. Denn im Kern geht es den Japanern darum, neu auch auf weite Distanzen wirken zu können, womit das chinesische Festland gemeint ist. Das Problem dabei: Die wahrscheinlichste Option eines bewaffneten Konflikts in der Region liegt derzeit bei der chinesischen Invasion Taiwans. Diese würde ziemlich sicher dazu führen, dass sich Japan den Verteidigungsbemühungen der USA anschliessen würde. Kämpfe fänden in der Luft und zur See statt. Die chinesische Dominanz im Ostchinesischen Meer würde eine direkte Hilfeleistung vor Ort verunmöglichen.

Nur, die japanische Marine ist chronisch unterbesetzt. Der völlig überalterten Gesellschaft fehlt es an den nötigen Rekruten, zudem sind Arbeitskräfte in den Werften rar. Die Erhöhung der Wehrausgaben liefert zudem auch keine schlüssige Erklärung, wie dieses Missverhältnis angegangen werden könnte. Von den insgesamt knapp 230 000 Armeeangehörigen leisten nur 43 400 ihren Dienst bei der Marine, 2000 weniger als der Sollbestand. Die Kampfkraft beträgt derweil nur 19 Prozent der Stärke der japanischen Armee. Diese Plangrössen sind ein Relikt aus dem Kalten Krieg, die Rekrutierungsschwierigkeiten gründen zudem auf einer kollektiven Distanz zum japanischen Militarismus des Zweiten Weltkriegs. Um wenigstens die Idee einer grösseren Marine fertig zu denken, will man nun vermehrt in unbemannte Schiffe investieren.

Als im Juli dann China zusammen mit Russland anlässlich der Übung «Northern/Interaction-2023» die Gewässer vor der koreanischen Halbinsel zu patrouillieren begannen und die Erkundung der Seewege bis zu den Kurilen probten, kommentierte das japanische Verteidigungsministerium nervös, dass «diese Übung beweist, dass wir jetzt mit einer Bedrohung an zwei Fronten konfrontiert sind». Zwar geht die Trainingsserie auf eine sino-russische Zusammenarbeit zurück, die seit 2005 jährlich stattfindet. Dennoch war es ein Novum, dass nun Gebiete, um die sich Russland und Japan streiten, im Zentrum standen.

In diesem Lichte ist auch das am 28. Juli veröffentlichte Verteidigungs-Weissbuch zu lesen. Es fasst die japanischen Verteidigungsbemühungen, Absichten und Herausforderungen der letzten zehn Jahre zusammen. So geht es darum, eine militärische Verteidigungsarchitektur aufzubauen, die den Interessen Japans dient. Die Zusammenarbeit mit Verbündeten und befreundeten Ländern zur Stärkung der strategischen Abschreckungsfähigkeiten soll zudem gefestigt werden. Erklärte und potenzielle Gegner sollen mit den Selbstverteidigungsstreitkräften als Hauptkraft bekämpft werden, zusammen mit drei Ansätzen zur Erreichung dieser Ziele: 1. Stärkung der eigenen Verteidigungsarchitektur Japans; 2. Verbesserung der Abschreckungs- und Reaktionsfähigkeit der Allianz zwischen Japan und den USA und 3. der Stärkung der Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Ländern. Zudem soll eine starke Verteidigungsindustrie aufgebaut werden. So würde die Grundlage der Verteidigungstechnologie gefestigt und der Export von Waffen, Ausrüstung und Technologie gefördert werden. Just zur gleichen Zeit wurde publik, dass Japan im Jahr 2020 vom chinesischen Militär gehackt wurde. Laut Berichten erfolgte dabei ein Zugriff auf die sensibelsten und geheimsten Verteidigungsnetzwerke der Japaner.

Der Leiter des japanischen Kabinettsekretariats, Hirokazu Matsuno, konnte bei einer Pressekonferenz Anfang August nicht bestätigen, dass keine Informationen zum japanisch-amerikanischen Verhältnis und den gegenseitigen Verteidigungsbemühungen durchgesickert seien. US-Beamte vermuteten, dass die Hacker weiterhin auf die klassifizierten Netzwerke zugreifen und gehen davon aus, dass die japanischen Behörden hoffen würden, das Problem durch blosse Untätigkeit aussitzen zu können.

Deshalb wollte der Chef des US-Cyber-Kommandos, General Paul Nakasone, den japanischen Verteidigungsminister besuchen, wurde jedoch direkt vom Premier empfangen. Aktuell geht man davon aus, dass die Sicherheit der Netzwerke in Tokio weiterhin unzureichend ist und dies die Geheimdienstkooperation zwischen dem Pentagon und Tokio beeinträchtigen wird. Japan plant deshalb, die Anzahl der Cyberspezialisten in seinen Selbstverteidigungsstreitkräften bis Ende März 2028 auf etwa 4000 zu erhöhen. *pk*

Aufrüstung beim japanischen Heer um jeden Preis. Bild: Japan Ground Self-Defense Force